

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 21.01.2008

AN/0173/2008

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	29.01.2008

Vorlage-Nr.: 3470/2007 - Maßnahmen gegen Jugendkriminalität

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir möchten Sie bitten, folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates zu setzen:

Die Vorlage wird wie folgt geändert:

In Punkt 1, zweiter Unterpunkt „Steuerung und Intervention durch Streetwork“:

- Im Stellenplan 2008 werden hierfür beim Amt für Kinder, Jugend und Familie **1 Koordinierungsstelle** Dipl. Soz. Arb., Vgr. IVa Fg 16 BAT sowie **3 Streetworkerstellen** Dipl. Soz. Arb., Vgr. Vb/IVb/IVb+VG, Fg10/17 BAT eingerichtet.
- Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2008 werden entsprechende Verrechnungsstellen verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.
- Für 2 weitere Streetworkerstellen erhält die AWO, die für die Stadt Aufgaben der Jugendgerichtshilfe übernommen hat, einen Zuschuss von 115.200€

Punkt 1, dritter Unterpunkt Aufzunehmendes Suchtclearing:

- Auf das **Projekt Suchtclearing** im Punkt 1, dritter Unterpunkt **wird verzichtet**. Die veranschlagten Mittel werden vielmehr zur Wiederauflegung des 2005 eingestellten **Anti-Agressivitäts-Trainings** von Schülern verwendet, die kurz vor einem Schulverweis stehen. Damals fand das Anti-Agressivitäts-Training nur bei Hauptschülern Anwendung. Das Programm soll durch die bereitgestellten Mittel zum einen auch auf **andere Schulformen ausgeweitet** werden, zum anderen sollen damit **freie Träger unterstützt** werden, die Anti-Agressivitäts-Training **für minderjährige und heranwachsende Gewalttäter** anbieten.

Punkt 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Der Rat beschließt weiterhin:

- den Ausbau der Kooperation zwischen Jugendhilfe, Justiz und Polizei mit dem mittelfristigen Ziel des **Aufbaus eines Hauses des Jugendrechts** in Anlehnung an das Stuttgarter Modell.
- bei Justiz und Polizei darauf hinzuwirken, dass das **Kölner Intensivtäterkonzept** kurzfristig **von 100 auf 300** zu betreuende **Klienten** ausgeweitet wird.
- dass **offene Kinder- und Jugendarbeit** im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel ausgebaut und konzeptionell gestärkt wird.
- dass analog der neuen Erziehungseinrichtung in Bedburg-Hau mit verpflichtendem Aufenthalt (**Erziehung statt Strafe**) in Köln solch eine **aufenthaltsverpflichtende Einrichtung** entsteht.

Letzter Absatz (Evaluation) wird wie folgt geändert:

Die Umsetzung des ersten Maßnahmenpaketes ist als Einstieg zu betrachten. Die Ergebnisse der jährlich geplanten Auswertungskonferenz (s. Anlage 4) werden der Politik zeitnah mitgeteilt. Die Maßnahmen sollen in Hinblick auf die Wirksamkeit einer externen Bewertung (Evaluation) unterzogen werden. **Die Bewertungskriterien für die externe Evaluation werden zusammen mit der Politik erarbeitet**. Der Rat wird zum Abschluss der Modellphase über die Ergebnisse der externen Evaluation unterrichtet.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Josef Müller
Fraktionsgeschäftsführer

gez.
Ulrich Breite
Fraktionsgeschäftsführer